



Blickpunkt Europa

Kurznotizen aus Brüssel

Inhalt

Zukunft der Energiepolitik	2
Energieprojekte im ländlichen Raum	4
Förderprogramm LIFE – mehr Geld für 2014-2020	7

Zukunft der Energiepolitik – Maßnahmen und Zielsetzungen bis 2030

Deutschland hat mit dem Atomausstieg ein Zeichen gesetzt und die Energiewende begonnen. Um die Zukunft der Energiepolitik auf europäische Ebene zu gestalten, veröffentlichte die EU Kommission jüngst ein Grünbuch sowie den Energiefahrplan 2050.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, lud am 25. Juni 2013 in die Landesvertretung NRW ein, um mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der Industrie und der Gewerkschaften über die zukünftigen Ziele und Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik zu diskutieren. Aspekte innovativer, intelligenter und nachhaltiger Energieträger und -Netze und der Planungssicherheit wurden kontrovers erörtert, Probleme und Erfolge dargelegt und betrachtet.

Zu Beginn betonte Minister Duin die Wichtigkeit des von der Kommission vorgelegten Grünbuch „Ein Rahmen für Klima- und Energiepolitik bis 2030“, welches auch Aspekte wie Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit des Stroms vor dem Hintergrund der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt und nicht nur den Klimawandel und die CO₂-Reduzierung in den Fokus stellt. Arbeitsplätze dürfen durch die Energiepolitik nicht gefährdet werden. Er verwies außerdem auf die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit und forderte in diesem Kontext europäisches Engagement und Zusammenarbeit um mögliches Ausbleiben oder Verzögerungen von wichtigen Investitionen zu vermeiden.

Michael Hager, Kabinettschef von EU-Kommissar Oettinger, erläuterte in der anschließenden Podiumsdiskussion das energiepolitische Zieldreieck: Verringerung der Treibhausgasemissionen, Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Diese drei Ziele seien alle gleichbedeutend. Es gäbe keine Prioritätensetzung. Im Kontext zukünftiger internationaler klima- und energiepolitischer Verhandlungen sei es nach Hager wichtig, dass sich eine europäische Position entwickelt, die sich auf das Grünbuch, die Konsultationen und Beratungen stützt. Auf Nachfrage des Moderators Wolfgang Landmesser (WDR) stellte Hager fest, dass der Energiemix Angelegenheit der Mitgliedstaaten sei.

Bernd Lange, Abgeordneter des Europäischen Parlaments (S&D), stellte die

Zukunft der Energiepolitik – Maßnahmen und Zielsetzungen bis 2030

Relevanz von Leitlinien über die Fördermöglichkeiten erneuerbarer Energien dar und forderte die Kommission auf, aktiv zu werden. Die nunmehr 170 verschiedenen Fördersysteme in Europa und den einzelnen Mitgliedstaaten stellen laut Lange einen Flickenteppich dar, der geklärt und vereinfacht werden müsse, um die Energiewende konsequent und nachhaltig weiterführen zu können. Die Systeme müssten eine stärkere Kohärenz aufweisen und harmonisiert werden.

Die Vertreter der Industrie, Dr. Martin Iffert, Vorstandsvorsitzender TRIMET Aluminium, Dr. Günter Hilken, Vorsitzender der Geschäftsführung der Currenta GmbH und Co. OG und der Gewerkschaftsvertreter Reiner Hoffmann, Landesbezirksleiter Nordrhein der IG Bergbau, Chemie, Energie stimmten überein, dass die Energiepolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinflussen dürfe. Die Stromkosten hätten eine große Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – bei TRIMET Aluminium betragen sie 40-50% der Produktionskosten. Der Anteil der Lohnkosten dagegen läge bei 10 %. Die Vertreter plädierten für die Ausnahmetatbestände und verwiesen auf ihre Anstrengungen und Projekte zur Verbesserung und Entwicklung innovativer, energie- und ressourceneffizienter Technologien und Prozesse.

Auf Nachfrage aus dem Publikum zur Rolle von KMU, aus dem Kontext der Textil- und Bekleidungsindustrie heraus, ihrer Situationen und jetzigen Probleme, erläuterte Hager, dass die Untersuchung bezüglich der Beihilfen noch nicht ange laufen sei. Anders sei der Stand rund um die Stromnetzentgeltverordnung: Hier sei das Verfahren bereits in Gange.

Abschließend stellte Duin dar, dass die Wettbewerbsfähigkeit in keinem Falle gefährdet werden dürfe, sondern diese im Hinblick der Energiepolitik gesichert sein müsse.

Veröffentlichungen der Europäischen Kommission: [Energiefahrplan 2050](#) / [Grünbuch „Ein Rahmen für Klima– und Energiepolitik bis 2030“](#) vom 37.03.2013 / Europäische Kommission [DG Energie](#) /

Energieprojekte im ländlichen Raum: Finanzierung, Fonds und Fakten

Wie können Energieprojekte im ländlichen Raum gezielt gefördert werden? Worauf sollte geachtet werden? Wie sollten Projekte organisiert sein? Diese Fragen waren Thema der Veranstaltung „The Regional Dimension - Financing Energy Projects in Rural Areas“.

Im Rahmen der „EU Sustainable Energy Week 2013“ (EUSEW) vom 24. - 28. Juni 2013 widmeten sich zahlreiche Veranstaltungen wie Workshops, Konferenzen und Diskussionen den Themenbereichen nachhaltiger, grüner und intelligenter Energie in der Europäischen Union. Das Motto „Ein kleiner Schritt von dir, ein riesiger Sprung für Europa.“ prägte die Woche in Brüssel. Der Handlungsbedarf auf allen Ebenen beginnt in jeder einzelnen Region. Auf Initiative der Europäischen Kommission, wird die EUSEW seit 2006 von der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI) und der Generaldirektion Energie veranstaltet.

„The Regional Dimension - Financing Energy Projects in Rural Areas“, die von den Regionen Zeeland (Niederlande) und Podkarpacie (Polen) ausgerichtet wurde, legte ihren Focus auf das pan-europäische Netzwerk „free (Future of Rural Energy in Europe), das für Partnerschaften im europäischen Raum warb. Am Beispiel Polens wurden funktionierende Netzwerke und Finanzierungsinstrumente sowie erforderlichen organisatorische und strukturelle Herangehensweisen bei Energieprojekten vorgestellt..

Lambert van Nistelrooij, Europaabgeordneter (EPP) und Mitglied des Regional-Ausschusses wies darauf hin, dass sich jede Region mit ihren spezifischen Besonderheiten in Bezug auf nachhaltige, grüne und intelligente Energie in eigenen und übergeordneten Netzwerken austauschen müssen, um basierend auf diesen lokalen und regionalen Besonderheiten einen effizienten und funktionierenden Energiemix zu generieren. Auch betonte er die Wichtigkeit von Partnerschaften zwischen privaten und öffentlichen Investoren. Darüber hinaus identifizierte MEP van Nistelrooij die 20-20-20 Ziele der Europa 2020 Strategie als elementare Leitlinien für zukünftige Projekte mit europäischem Mehrwert.

Diego Villalba de Miguel, politischer Analyst der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission verdeutlichte die Relevanz des Klimawandels – –

Energieprojekte im ländlichen Raum: Finanzierung, Fonds und Fakten

insgesamt 20 % des Haushaltes der Europäischen Union wird hier investiert. Er forderte die Regionen zum vernetzten aktiven Handeln auf. Sowohl der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als auch der Europäische Sozialfond (ESF) könnten verwendet werden. Regionen sollen nach de Miguel bereits heute Projekte für die kommende Förderperiode entwickeln, um gewappnet sein.

Milos Labovic, Vertreter der Region Zeeland und Katarzyna Kowalska, Vertreterin der Region Podkarpackie stellten Energieprojekte und die damit einhergegangenen Erfahrungen, Erfolge und Probleme der letzten Förderperiode vor. Labovic betonte, wie wichtig es sei einen geeigneten Energiemix zu finden, um die Region bestmöglich versorgen zu können, während Kowalska die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Sektoren innerhalb der Region Podkarpackie als einen Schlüsselindikator für die erfolgreiche Umsetzung ausmachte. Dagegen sei es besonders schwierig gewesen, ein Bewusstsein und Sensibilisierung der Zivilgesellschaft zu schaffen. Hier gäbe es noch viel zu tun.

Die Redner des letzten Panels, Willem Jaspers, Fonds-Spezialist von ERAC, Malgorzata Adamus, Fonds-Spezialistin bei Intercon und Luis-Carlos Miró Baz, Politischer Referent der Alliance for Rural Electrification (ARE) erläuterten Vorgehensweisen und Hintergründe zur erfolgreichen Bewerbung für Fonds. Zum Teil gab es innerhalb von sieben Jahre nur einen Aufruf. Die Häufigkeit der Aufrufe für die Programme würden in der kommenden Förderperiode erhöht. Jaspers stellte grundlegende Do's and Dont's vor, die bei der Einreichung von Vorschlägen und bei der Projektentwicklung berücksichtigt werden sollten:

- Schaffung aktueller Links zur Europäischen Agenda 2020
- So konkret wie möglich sein (Partner, Aktivitäten etc.)
- Möglichkeiten schaffen, um die Projektresultate messen und darzustellen
- Vorbereitet sein, um das Projekt (kurzzeitig) umsetzen zu können

Energieprojekte im ländlichen Raum: Finanzierung, Fonds und Fakten

- Angemessene Angaben machen (Anzahl der Aktivitäten, Budget)
- Gut begründen
- Angebracht und ausreichend organisieren

Nachdem sich nun Rat, Kommission und Parlament auf einen EU-Haushalt geeignet haben, nimmt auch die Landschaft der Fördertöpfe konkretere Formen an. Regionen und der ländliche Raum sollten demnach bestehende Projekte ausarbeiten, neue und innovative Projekte suchen und angehen.. Auch Partnerschaftliche Beziehungen sollten intensiviert werden, um in Zukunft den ländlichen Raum, weiter intelligent und nachhaltig zu gestalten.

[Website](#) der EU Sustainable Energy Week / [Übersicht](#) des Programms der EUSEW in Brüssel / [Website](#) des free-Netzwerks / [Pressemitteilung](#) vom free-Netzwerk zur Veranstaltung

Förderprogramm LIFE – mehr Geld für die nächste Förderperiode 2014-2020

Ende Juni einigten sich das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union auf das künftige Budget des LIFE-Programms für die kommende Förderperiode 2014-2020. Es wird sich auf rund 3,1 Mrd. Euro belaufen.

Das 1992 eingeleitete LIFE-Programm ist eines der wichtigsten Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union im Umweltbereich. Im Rahmen des Programms wurden bereits über 3500 Projekte finanziert. LIFE+ verfügte zwischen 2007 und 2013 über 2,1 Mrd. EUR.

Für die nächste Förderperiode 2014-2020 werden nun rund 3,1 Mrd. Euro für das Folgeprogramm LIFE bereitgestellt. Dies ist eine deutliche Erhöhung der Mittel im Vergleich zu 2007-2013. Die Klimapolitik wird als neues Schwerpunktthema aufgenommen und dient der konsequenten Umsetzung der Europa Strategie 2020. Neben der „Klimapolitik“ wird es ein weiteres Teilprogramm zum Thema „Umwelt“ geben. Dieses umfasst die Bereiche „Umwelt und Ressourceneffizienz“, „Biodiversität“ sowie „Verwaltungspraxis und Information im Umweltbereich“. Das Teilprogramm „Klimapolitik“ deckt die Bereiche „Klimaschutz“, „Anpassung an den Klimawandel“ sowie „Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich“ ab.

Neu ist der Projekttyp der „Integrierten Projekte“. Hier können LIFE-Gelder mit verschiedenen EU-Fonds koppelt werden. Die Kombination von LIFE-Mitteln mit den nationalstaatlichen bzw. länderspezifischen Regional- oder Agrarfonds soll bewirken, dass die Anforderungen aus den verschiedenen Umwelt- und Klimabereichen in der Fläche angegangen werden. Die Zuteilung von LIFE-Geldern nach nationalen Quoten findet außerdem nur in den ersten vier Jahren statt (2014-2017). In der Folge werden Projektqualität und der Modellcharakter die Auswahl der Projekte beeinflussen.

Die Verfahren und Abläufe im Rahmen von LIFE in der nächsten Förderperiode werden vereinfacht und flexibler gestaltet, damit Förderung in Zukunft einfacher und direkter zugänglich ist.

Informationen zum Förderprogramm LIFE auf der Website der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission / Überblick über LIFE-Projekte in der EU / nationale Ansprechpartner zu den jeweiligen Themengebieten des Programms